

TILL RANDOLF AMELUNG (HG.)

IRRWEGE

**ANALYSEN AKTUELLER
QUEERER POLITIK**

QUERVERLAG

TILL RANDOLF AMELUNG (HG.)

IRRWEGE

**ANALYSEN AKTUELLER
QUEERER POLITIK**

© Querverlag GmbH, Berlin 2020

Erste Auflage: März 2020

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlag und grafische Realisierung von Sergio Vitale

ISBN 978-3-89656-669-0

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an:

Querverlag GmbH

Akazienstraße 25, 10823 Berlin

www.querverlag.de

Vorwort

Till Randolph Amelung

Die Berliner Polittunte Patsy l'Amour laLove hat 2017 mit *Beißreflexe* eine zuvor nicht dagewesene Sammlung an kritischen Beiträgen zu queerem Aktivismus und dessen Ansätzen vorgelegt, die in den sozialen Medien zu Shitstorms führte und die Aufmerksamkeit des Feuilletons erregte. So heftig der Widerspruch des queerbefeministischen Teils innerhalb der Linken ausfiel, so groß war das Interesse in der linken Szene insgesamt: Vier Auflagen sind innerhalb kurzer Zeit gedruckt und verkauft worden, Events mit der Herausgeberin und Autor_innen sorgten für proppenvolle Räume. Inzwischen ist bereits die fünfte Auflage im Handel erhältlich. l'Amour laLove selbst erklärte diesen Erfolg damit, dass *Beißreflexe* eine Sprachlosigkeit innerhalb der Linken aufgebrochen hat. Die Missstände, die zur Sprache kamen, waren enorm: Antisemitismus, Relativierung von religiösem Extremismus, Sprechverbote, Mobbing, substanzlose -ismus-Vorwürfe – um nur einige zu nennen. Diese Themen wurden in verschiedenen Beiträgen beleuchtet, kritisiert oder schlicht beschrieben. Einige gehen so weit zu behaupten, dass es ein Queer vor und eines nach *Beißreflexe* gibt. In jedem Falle wurde mit dem Buch der Grundstein für nachfolgende Debatten und weitere Werke in der so genannten „Kreischreihe“ des Querverlags gelegt: Es folgten bis 2019 mehrere Sammelbände, die die durch *Beißreflexe* angestoßenen Diskussionen vertieften. Zu nennen seien hier insbesondere *Freiheit ist keine Metapher*, herausgegeben von Vojin Saša Vukadinović, und *Feministisch streiten* von der Herausgeberin Koschka Linkerhand.

Darin angerissene Probleme bestehen bis heute fort und rufen immer wieder Konflikte rund um queere Politik und queeren Aktivismus hervor. 2019 gab es beispielsweise zum wiederholten Male einen Eklat um Berliner BDS-Aktivist_innen, die den in diesem Jahr *Radical Queer March* genannten alternativen CSD kaperten. Ebenso gab es nicht nachvollziehbare Rassismuskorrekturen um ein Ausstellungsstück im Schwulen Museum*, das Teil einer von Wolfgang Theis kuratierten Ausstellung war: Auf einer Stellwand wurden Staaten genannt, in welchen Homosexuelle strafrechtlich verfolgt wurden. Dieses Ausstellen realer Gewaltverhältnisse aber sei queerfeministischen Gruppen zufolge „kolonialrassistisch“.

Nun ist es an der Zeit, sich die theoretischen Grundlagen anzusehen, auf denen sich queere Aktivist_innen bewegen. Dabei stößt man immer wieder auf Theorien, die dem poststrukturalistischen *Cultural Turn* in den Geistes- und Sozialwissenschaften entstammen und die die Fächer wie die *Gender Studies* oder die *Postcolonial Studies* geprägt haben. Diese Theorien haben den Anspruch, Wissenschaft politisch zu verstehen, sodass nicht wenige Wissenschaftler_innen in diesen Feldern zugleich auch politische Aktivist_innen sind. Doch nicht nur in politische Gruppen strahlen diese Inhalte hinein. In Zeiten von *Social Justice* und *Diversity* erreichen deren theoretische Fundamente auch Organisationen wie Ministerien, Stiftungen, Bildungseinrichtungen sowie große und kleinere Wirtschaftsunternehmen. Ziel ist es, innerhalb dieser Strukturen für mehr Teilhabe, Inklusion und damit für mehr Gerechtigkeit zu sorgen.

Doch die Konzepte, die auf poststrukturalistischen Theorien basieren, werden nicht dazu beitragen, gerechtere Institutionen zu schaffen. Sie sind auch nicht geeignet, die Entwicklung einer gerechteren und solidarischeren Gesellschaft zu fördern. Warum das so ist, erötere ich in meinem einleitenden Essay. *Irrwege. Analysen aktueller*

queerer Politik schickt sich an, die „Kreischreihe“ des Querverlags fortzusetzen, und ich freue mich, dass ich für meinen Sammelband zehn Autor_innen gewinnen konnte, die sich jeweils einem Thema widmen, um auf Fehlentwicklungen aufmerksam zu machen. Ihnen allen danke ich an dieser Stelle sehr herzlich für die Zusammenarbeit!

Die Idee zu diesem Sammelband geht auf meine hochgeschätzte Freundin Patsy l'Amour laLove zurück. In abendfüllenden und leidenschaftlichen Gesprächen kamen wir auf die Idee eines Sammelbandes, der *Beißreflexe* auf theoretischer Ebene fortsetzen sollte – mit einigen wenigen, ausgewählten und eigens für diesen Band geschriebenen Beiträgen. Ich griff diese Idee mit dem vorliegenden Buch auf und konnte den schon lange gehegten Wunsch nach einer kritischen Betrachtung der Auswirkungen poststrukturalistischer Theorie auf queeren Aktivismus in einem Sammelband umsetzen. Daher möchte ich mich ganz besonders bei Patsy l'Amour LaLove sowie Ilona Bubeck und Jim Baker vom Querverlag für das entgegengebrachte Vertrauen bedanken, dass ich dieses Projekt mit voller freundschaftlicher und verlegerischer Unterstützung im Hintergrund durchführen konnte.

Ebenso bedanke ich mich bei Vojin Saša Vukadinović für den intensiven fachlichen Austausch rund um dieses Projekt. Ich habe das Wälzen von Ideen und auch praktische Unterstützung sehr geschätzt und er war mir eine unverzichtbare Hilfe bei der Entwicklung dieses Sammelbandes.

Seit ich 2008 begonnen habe, mich zunächst mit dem Fokus auf Trans in LSBTI-Kontexten zu engagieren, begleiten mich Fragen, auf welchen Wegen der institutionelle und gesellschaftliche Wandel für mehr soziale Gerechtigkeit und Anerkennung von sozialen Minderheiten zu erlangen ist. Ebenso lange beschäftigen mich auch Fragen eines guten, fairen Umgangs miteinander. Da ich meine Gedanken gern

zur Diskussion stelle, musste ich bald erfahren, dass dies nicht überall willkommen ist. Hinzu kommt, dass die Realität gern widersprüchlicher und komplexer ist, als es vielen Protagonist_innen im Aktivismus lieb ist. Wenn ich erlebe, dass politische Ansichten und Forderungen negative Auswirkungen auf andere haben oder wesentliche Aspekte bisher nicht weiter beachtet wurden, dann fühle ich mich der Wahrheit mehr verpflichtet als dem Opportunismus. Dogmatismus war daher nie etwas, womit man mich für sich einnehmen konnte. Die Beteiligung an *Beißreflexe* war daher für mich zum Zeitpunkt von Patsys Anfrage 2016 ein willkommener Moment, diese durchaus auch bitteren Erfahrungen zu verarbeiten. Es zeigte mir außerdem – wie übrigens vielen anderen bis heute –, dass ich mir bestimmte Fehlentwicklungen im queeren Aktivismus nicht eingebildet habe.

Im Laufe meiner Betätigung als Aktivist in politischen Gruppen, als Autor und als Referent hatte ich das Glück, viele kluge und warmherzige Persönlichkeiten kennenzulernen. Diese Begegnungen haben mich sehr geprägt. Mit einigen führe ich noch heute einen intensiven Austausch über die Entwicklungen im queeren Aktivismus, aber auch über Erfahrungen im universitären Umfeld. Ich möchte mich bei ihnen bedanken und hoffe, die richtigen Personen wissen, dass sie damit gemeint sind.

Nicht zuletzt möchte ich mich auch sehr bei meiner Mutter, Monika Amelung, bedanken, die mich immer unterstützt und bedingungslos zu mir gestanden hat.

Dieses Buch ist allen gewidmet, die wie ich davon überzeugt sind, dass man durch das Einbringen engagierter Standpunkte – auch beim leidenschaftlichen Diskutieren und Streiten – über die gegenwärtigen Verhältnisse hinaus denken und für eine bessere Gesellschaft kämpfen kann.

Stadtdendorf, März 2020

Identitätspolitik

Stichpunkte zu einem Irrweg im queeren Aktivismus

Till Randolph Amelung

Spätestens seit der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA ist die Vokabel „Identitätspolitik“ in aller Munde. Dahinter versteckt sich der Vorwurf, Hillary Clinton habe die Wahl vor allem deshalb verloren, weil sie zu stark auf Partikularinteressen z.B. von Schwarzen, Lesben, Schwulen und Transpersonen gesetzt habe. Dabei seien weiße Arbeiter aus dem Blick geraten, die sich daher Trump zugewandt hätten (Martschukat 2018). Zudem gibt es seit 2014 Berichte aus den USA über sogenannte „*campus wars*“, in denen über Diskriminierungen und vermeintliche *political correctness* gestritten wird (vgl. Nagle 2018). Auch in Deutschland sind die Debatten um „Politische Korrektheit“ mittlerweile angekommen. Sie erhitzen jedes Mal das Feuilleton, wenn wieder Vorwürfe von Rassismus, Homo- und Transfeindlichkeit oder auch Sexismus gegen irgendwen oder irgendetwas kursieren. Große Wellen schlugen 2017 beispielsweise die Debatten um ein Gedicht von Eugen Gomringer an der Fassade der Alice-Salomon-Hochschule in Berlin (vgl. Rauterberg 2018). Der Vorwurf seitens des AStAs der Hochschule lautete damals, das Gedicht reproduziere die unangenehme Art und Weise, wie Frauen in dieser Gesellschaft dem männlichen Blick ausgesetzt seien, und solle deshalb von der Fassade entfernt werden. Ein anderes Beispiel ist der Shitstorm gegen die Journalistin Anja Rützel, die von der Komikerin Enissa Amani als rassistisch

beschimpft wurde, obwohl diese lediglich die Qualität eines Fernsehauftritts kommentierte (vgl. Amelung 2019a). Im selben Jahr traf es auch den kanadischen Premierminister Justin Trudeau, als ein Foto von ihm in Karnevalskostümierung aus dem Jahr 2001 ausgegraben wurde, wo er sein Gesicht dunkel geschminkt hat und orientalistisch gekleidet war. Ihm wurde „*blackfacing*“ und damit Rassismus vorgeworfen. Auch, als er sich entschuldigte, ebte die Empörung nicht ab, obwohl man eigentlich zugutehalten müsste, dass 2001 Diskussionen um Rassismus bei Karnevalskostümierungen noch nicht im Mainstream angekommen waren. Interessanterweise hatten die weitaus aktuelleren und politisch relevanteren Anschuldigungen um Schmiergeldzahlungen einer Baufirma nicht den gleichen internationalen Skandalisierungseffekt.¹

Diese Konflikte treten ebenso in Communitys und politischen Zusammenschlüssen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Interpersonen auf. Eine Fülle unterschiedlicher Beispiele hat der Sammelband *Beißreflexe*, 2017 herausgegeben von Patsy l'Amour laLove, zusammengetragen. Seither sind weitere Fälle dazugekommen. Erwähnt sei hier z.B. der Vorwurf von GLADT e.V. an das *Schwule* Museum*, ein bedruckter großer Aufsteller mit Angaben zu Ländern und Strafbarkeit von Homosexualität sei rassistisch (vgl. Segal 2018). Begründet wurde der Vorwurf damit, „dass die Strafrechtswand ‚koloniale Wahrnehmungsmuster‘ reproduziere und die Betroffenen in den jeweiligen Ländern nicht zu Wort kommen lasse.“ Davon unabhängig waren die Angaben zur Strafbarkeit in den jeweiligen Ländern korrekt, doch darum geht es bei derlei Vorwürfen nie. Im Vordergrund stehen vielmehr Sorgen, die Benennung solcher Tatsachen könne bei weißen und deutschen Besucher_innen zu Überlegenheitsgefühlen gegenüber nicht-westlichen Ländern führen. Oder auch die Vorwürfe an den Comiczeichner Ralf König, ein von ihm gestaltetes Wandbild

in Brüssel enthalte Figuren, die transfeindliche und rassistische Stereotype bedienen würden (vgl. Queer.de 2018). Konkret ging es dabei um die Trümmertunte und die schwarze Frau in der rechten Hälfte des Bildes. Die Trümmertunte wurde fälschlicherweise als Transfrau gedeutet, die zu hässlich und mit zu vielen männlichen Attributen gezeichnet worden sei. An der schwarzen Frau wurden die Lippen bemängelt, die den Kritiker_innen als Ausdruck des Klischees von dicken Lippen bei Schwarzen galten. Würde man sich jedoch die Zeit nehmen, um mit der Bildsprache Ralf Königs vertraut zu werden, dann könnte man erkennen, dass dicke Lippen für geschminkte Lippen stehen. Ein weiteres Feld, auf dem aktuelle Konflikte sichtbar wurden, war das 50-jährige Jubiläum des Stonewall-Aufstandes, wo es nicht mehr darum ging, sich differenziert den historischen Ereignissen zu nähern, sondern vor allem um die Befriedigung politisch erwünschter Narrative (vgl. Sauer 2019).

Meist zeichnen sich diese Konflikte dadurch aus, dass der zugrunde liegende Sachverhalt kontrovers diskutiert wird, ob Botschaft oder Intention jetzt diskriminierend waren oder nicht. Ein weiteres Merkmal ist, dass sich der eigentliche Konflikt zumeist als von banaler Natur entpuppt. Oft werden solche Konflikte über soziale Medien losgetreten und hochgekocht, bevor sie das Feuilleton erreichen. Einerseits werden diese Vorfälle benutzt, um Anliegen von Feminismus, Antirassismus und LSBTI grundsätzlich zu diskreditieren, andererseits lassen sie auch viele ratlos oder beschädigt zurück, die diese Anliegen eigentlich teilen. In LSBTI-Communitys haben solche Konflikte auch zum Aufgeben von Projekten geführt, wie beispielsweise den *transgenialen CSD* oder das *Wigstöckel Festival* – beides in Berlin (vgl. l'Amour laLove 2017). Begründet werden Aktionen und Haltungen in diesen Konflikten zumeist auf der Basis poststrukturalistischer Theorien. Diese Theorien haben sich seit den 1970er Jahren sukzessive in den Geistes- und

Sozialwissenschaften durchgesetzt. Sie wollten den Metaerzählungen den Kampf ansagen. Demnach gebe es nicht die eine Wahrheit, sondern viele, die gleichberechtigt nebeneinanderstehen. Ebenso zentral ist die postulierte Erkenntnis, dass die Welt, wie wir sie wahrnehmen, nur durch Sprache zugänglich wird und Sprache daher unsere Wirklichkeit erschafft. Zugleich wurde auch ein neues Verständnis von Macht installiert, die sich in Form von Diskursen zeige. Damit rückten vor allem Fragen der Symbolik, der Repräsentation von wem oder etwas in den Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses.

Meine These, die ich im Folgenden entwickeln möchte, ist, dass die negativen Entwicklungen mit der Etablierung poststrukturalistischer Theorien als Fundament in politischem Aktivismus und Bildungsarbeit zusammenhängen. Ich werde zeigen, dass diese Theorien Praktiken begünstigt haben, die sich nicht mehr für nachhaltige und strukturierte Arbeit interessieren, die politische Veränderungen herbeiführen könnten, sondern stattdessen Empörungswellen ohne nachhaltigen Effekt produzieren. Dafür werde ich zuerst ausgewählte Konflikte beispielhaft darstellen und danach erörtern, was heute unter Identitätspolitik verstanden wird, um anschließend zu skizzieren, was poststrukturalistische Theorien sind und wie sie mit Queer zusammenhängen. Schließlich werde ich begründen, warum diese Theorien negativen Praktiken den Weg bereitet haben.

Fehlgeleiteter Aktivismus

Die Gewichtung auf Sprache und Diskurse hat gerade im queeren bzw. queerfeministischen Aktivismus dazu geführt, dass alles daraufhin abgeklopft wird, ob Äußerungen und Darstellungen für Marginalisierte unvorteilhafte Machtverhältnisse sowie Vorurteile am Leben erhalten. Dies wiederum hat sich in Teilen so verselbstständigt, dass dieser

Blick auf alle möglichen Anlässe und Gegenstände angewandt wird und zu entrüsteten Protesten auch gegenüber banalsten Dingen führt, die jedoch bei näherem Hinsehen das dahinter verborgene Problem weder lösen noch erfassen können. Als erstes Beispiel möchte ich nun näher auf die Auseinandersetzungen um das Gedicht des Lyrikers Eugen Gomringer eingehen, das von 2011 bis 2018 auf einer Gebäudefassade der Berliner Alice-Salomon-Hochschule prangte. 2011 wurde Gomringers spanisches Gedicht „Avenidas“ auf die Fassade gebracht, nachdem er einen Poetik-Preis der Hochschule erhalten hatte (vgl. Rauterberg 2018: 90). Ins Deutsche übersetzt, lautet der Text, der zuerst 1951 veröffentlicht wurde, wie folgt:

„Alleen
Alleen und Blumen//
Blumen/
Blumen und Frauen//
Alleen/
Alleen und Frauen//
Alleen und Blumen und Frauen und/
ein Bewunderer.“

Am 12. April 2016 veröffentlichte der AStA der Alice-Salomon-Hochschule einen offenen Brief, in dem die Auswahl dieses Gedichts für die Gestaltung der Fassade kritisiert wurde. Die Studierendenvertretung sah dieses Gedicht nicht in Übereinstimmung mit Werten ihrer Hochschule, da es den „omnipräsenten objektivierenden Blick auf Weiblichkeit“ in den Mittelpunkt stelle (AStA ASH 2016). Von dieser Behauptung ausgehend, schlugen die Verfasser_innen eine Brücke zu Bewunderung, die im öffentlichen Raum zu „Angst vor Übergriffen und das konkrete Erleben solcher“ führe (ebd.). Weiter heißt es in diesem Brief: „Die U-Bahn-Station Hellersdorf und der Alice-Salomon-Platz sind vor allem zu späterer Stunde sehr

männlich dominierte Orte, an denen Frauen* sich nicht immer wohl fühlen können. Dieses Gedicht dabei anzuschauen wirkt wie eine Farce und eine Erinnerung daran, dass objektivierende und potentiell übergriffige und sexualisierende Blicke überall sein können“ (ebd.). 2017 erreichte die Debatte die Öffentlichkeit und wurde medial breit aufgegriffen. Der Hauptfokus lag jedoch auf Fragen, inwieweit diese studentische Forderung ein Eingriff in die Kunstfreiheit oder gar Zensur sei (vgl. Rauterberg 2018: 91). Man sah die Freiheit der Kunst durch ausufernde „political correctness“ gefährdet (vgl. ebd.). Der Kunsthistoriker und Journalist Hanno Rauterberg rückte an diesem Beispiel eher Fragen um die Rezeption von Kunst in den Vordergrund und ging auf die darin ausgedrückte Angst vor sexuellen Übergriffen ein. Rauterberg sieht darin die Verabsolutierung des eigenen Empfindens, die er als charakteristisch für die „Kulturkämpfe“ um „political correctness“ bezeichnet (vgl. ebd.: 96). Dieses Empfinden zählt mehr als der Ausdruck der Kunst (vgl. ebd.). Was allerdings in der Debatte um „Avenidas“ an der ASH-Fassade überhaupt nicht weiter beachtet wurde, ist das von der Studierendenvertretung genannte Unsicherheitsgefühl an der nahe gelegenen U-Bahn-Station und auf dem Alice-Salomon-Platz. Mir scheint dies das Kernproblem zu sein, das auf das Gedicht projiziert wurde. Der AStA räumt in seinem Brief selbst ein: „Eine Entfernung oder Ersetzung des Gedichtes wird an unserem Sicherheitsgefühl nichts ändern. Dennoch wäre es ein Fortschritt in die Richtung, dass es unsere Degradierung zu bewunderungswürdigen Objekten im öffentlichen Raum, die uns Angst macht, nicht auch noch in exakt solchen Momenten poetisch würdigen würde“ (AStA ASH 2016). Anstatt sich nun also zu überlegen, mit welchen konkreten Maßnahmen das Sicherheitsgefühl von Frauen an den genannten Orten verbessert werden könnte, wurde sich damit begnügt, die Entfernung eines Gedichts zu fordern. Aktivistisches Engagement wurde auf ein Ersatzziel

umgelenkt, doch an der real zu beanstandenden Situation änderte sich nichts.

Ein weiteres Beispiel für fehlgeleiteten Aktivismus lässt sich in den Auseinandersetzungen um eine vom Comickünstler Ralf König bemalte Wand in Brüssel finden, die er 2015 im Auftrag der Organisation *Rainbow House* mit Figuren in seinem für ihn typischen Stil schmückte. 2018 sprühten Unbekannte auf zwei Figuren jeweils „Transphobia“ und „Racism“, dabei handelte es sich bei der einen um eine Trümmertunte und bei der anderen um eine schwarze Frau. Die Trümmertunte wurde als Transfrau fehlinterpretiert, die Darstellung der schwarzen Frau aufgrund der Lippen als „rassistisch“ kritisiert. 2019 trat das *Rainbow House* an König mit der Aufforderung heran, das Bild zu übermalen und neu zu gestalten. „Diese Darstellung hat ihren Ursprung in rassistischen und kolonialistischen Bildern, in denen die Körpermerkmale schwarzer Menschen oft auf wenige oberflächliche Merkmale reduziert wurden. Zudem wirkt ihr gesamter Gesichtseindruck unintelligent und abweisend“, wird die Stellungnahme der Organisation in *Queer.de* zitiert. Diese Vorwürfe zeigen, dass sich mit der Bildsprache und dem Hintergrund des Künstlers in keiner Weise auseinandergesetzt wurde, denn die dicken roten Lippen sollen geschminkte Lippen kennzeichnen. Auch die Trümmertunte hat solche Lippen. Solche Einwände interessieren die durch poststrukturalistische Theorien geschulten Aktivist_innen jedoch nicht. Der Diskurs kennt keinen Kontext mehr. Auch Ralf König hat den Eindruck, dass sein Wandgemälde nicht der Kern des Problems ist. „Ich glaube, das sind Scheinkämpfe, der wahre Rassismus ist da draußen, wenn Schwarze nur miese Jobs kriegen oder keine Wohnung. Dem ist nur schwer beizukommen, da stürzt man sich auf Comicfiguren“, äußerte er 2019 in einem Interview mit Patsy l’Amour laLove in der *Jungle World*. Ebenso signalisierte er Verständnis, dass andere Generationen einen anderen Blick auf Dinge hätten und dementsprechend

anders sensibilisiert seien. Er hätte sich jedoch gewünscht, bereits im Entwurfsprozess von *Rainbow House* auf das Risiko des Missverstehens bei der Gestaltung der schwarzen Lesbe in Bezug auf die Lippen hingewiesen worden zu sein. Das sei König zufolge jedoch nicht passiert. So sah er sich überraschend als Rassist diffamiert und in eine Ecke gestellt, in die er nicht gehört.

Hier sieht man par excellence die Auswirkungen einer Logik, die nur noch in Diskursen zu denken vermag und inzwischen kaum mehr als die oben genannte Verabsolutierung des eigenen Empfindens ist. Ein weiteres Beispiel dafür ist die Bezeichnung der Rapperin Sookee als transfeindlich. Anlass war ihr Lied *If I had a dick*, in dem sie sich vorstellte, wie sie sich verhielte, wenn sie einen Penis hätte, um damit einen Kontrapunkt zu mackerhaften Verhaltensweisen von Männern zu setzen. Dies wurde jedoch von einigen Transpersonen missverstanden, die der Künstlerin deshalb Transfeindlichkeit vorwarfen, weil sie sich anmaße, über eine Situation zu rappen, die sie nicht beträfe und damit die Empfindungen von Transfrauen ohne Genital-OP verletze. Einige Transpersonen sorgten deshalb mit vielen Hass-Beiträgen in einem *Facebook*-Event zur Podiumsdiskussion *Dyke Out!* für Aufruhr, an der auch Sookee teilnehmen wollte. Schließlich sah sich die Sängerin zur Absage an der Veranstaltung gezwungen. Auch sie wurde wie Ralf König vollkommen unangemessen ohne Berücksichtigung ihres Gesamtwerks und nur anhand eines Liedes, das auch noch falsch interpretiert wurde, zu einer „toxischen Person“ erklärt.

Es ließen sich noch mehr Fälle anführen, jedoch würde dies den Umfang dieses Essays sprengen. Die herausgegriffenen Beispiele sollen ausreichen, um zu veranschaulichen, welche Art von Problemen Gegenstand meiner Kritik sind. Inzwischen werden sie als „Identitätspolitik“ bezeichnet und kritisiert.

Was ist „Identitätspolitik“?

Identitätspolitik meint zunächst das Eintreten einer bestimmten Gruppe für ihre eigenen Interessen. Meistens geht es dabei um Religion, Ethnie, Geschlecht, sexuelle Orientierung, Behinderung, Klasse. Diesen Zusammenschlüssen gehen Feststellungen und Analysen voraus, dass Menschen aufgrund bestimmter Merkmale spezifische Formen von Diskriminierungen erfahren. Lea Sussemichel und Jens Kastner zufolge hat das *Combahee River Collective* 1977, ein Zusammenschluss schwarzer, lesbischer Frauen in den USA, den Begriff der Identitätspolitik geprägt, die in ihrem Statement formulierten, dass die radikalste Politik direkt aus ihrer eigenen Identität komme (vgl. Sussemichel/Kastner 2018: 7). Alle sozialen Bewegungen betreiben im Grunde Identitätspolitik, behaupten Sussemichel und Kastner mit Verweis auf Axel Honneth. Die älteste dieser Bewegungen ist die Arbeiterbewegung, die im 19. Jahrhundert ihren Anfang nahm und der es Honneth zufolge auch um soziale Anerkennung eigener Werte und Lebensformen ging (vgl. Honneth 2017: 146). In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde die Bürgerrechtsbewegung der Schwarzen bedeutsam, die als Impuls für darauffolgende Bewegungen gilt. Identitätspolitik lässt sich Jürgen Martschukat zufolge nicht nur auf die Auswüchse reduzieren, die es in die Medien schaffen: „Es geht also nicht nur um das Binnen-I, den Unterstrich oder Unisex-Toiletten, sondern auch um Bildungschancen, Arbeitsmöglichkeiten, Zugang zu Wohnraum und damit auch um das, was man in der Tasche und auf dem Tisch hat. Identität und Gesellschaftsordnung sind untrennbar ineinander verschränkt, und Identitätspolitik ist das Instrument, dieses Verhältnis zu gestalten.“ (Vgl. Martschukat 2018: 14)

Ein zentrales Thema, das die Entstehung der bekannten sozialen Bewegungen begleitet, ist die Auseinandersetzung mit dem Haupt- und Nebenwiderspruch in der marxistischen Theorie. Dieser geht davon aus, dass die Klassenfrage die zentrale auch für alle anderen Ungleichheitsverhältnisse ist. Würde es keine Klassen mehr geben, seien auch Sexismus und Rassismus überwunden. Solche Thesen wurden bereits in der ersten Welle der Frauenbewegung angezweifelt (vgl. Susemichel/Kastner 2018). In den 1950er Jahren wollten Schwarze in den USA nicht länger warten, bis der Klassenkampf gewonnen wäre, sondern forderten im Hier und Jetzt gleiche Rechte. Ende der 1960er Jahre folgten dann Frauen und Schwule, die für ihre Rechte stritten. Von Anfang an sind diese sozialen Bewegungen von einer Ambivalenz begleitet: Das politische Bewusstsein wird über die soziale Position gebildet, die ihnen aufgrund eines bestimmten Merkmals zugewiesen wird. Diese Position wird jedoch abgelehnt und will überwunden werden. Gleichzeitig braucht es einen affirmativen Bezug zu diesem Merkmal, der Gemeinschaft stiftet (ebd.). Diese positiv gewendete Form der Kollektivbestimmung kann schnell in eine neue Form von Essenzialismus kippen (ebd.). Insofern wird auch die Auseinandersetzung darüber, welche Strategie am ehesten soziale Gerechtigkeit ermöglicht, schon länger geführt.

2003 veröffentlichen die Philosoph_innen Nancy Fraser und Axel Honneth ihre essayistisch geführte Auseinandersetzung *Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse*. Fraser kritisiert, dass essentielle Fragen nach ökonomischer Umverteilung weniger Bedeutung in der Debatte hätten, wohingegen Honneth die Auffassung vertritt, dass Umverteilung besser erfolgen kann, wenn die Anerkennungsfrage geklärt sei. Dabei darf Fraser keinesfalls so verstanden werden, als wollte sie Umverteilungsfragen gegen Anerkennungsfragen aufrechnen. Sie hält beide Ebenen für das Gelingen sozialer

Gerechtigkeit für essenziell (vgl. Fraser 2017: 22). Fraser differenziert zwischen Anerkennungs- und Identitätspolitik. Unter Anerkennungspolitik versteht sie die Beseitigung kultureller Abwertungen, die davon betroffene Gruppen von der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft ausschließen (vgl. Fraser 2017: 46). Identitätspolitik fokussiert sich stattdessen laut Fraser auf Forderungen von Gruppen, sie in ihrer Besonderheit zu bestätigen (ebd.: 21). Zudem unterscheidet sich ihr Schwerpunkt, was Anerkennungspolitik beinhalten sollte, von dem Axel Honneths. Für Honneth liegt der Fokus auf der beeinträchtigten Subjektivität und beschädigten Identität. Das Unrecht wird als etwas gefasst, was das subjektiv empfundene gute Leben beeinträchtigt. Nancy Fraser richtet stattdessen den Blick auf institutionalisierte kulturelle Wertemuster, die ein Unterordnungsverhältnis bedingen. Sie bezeichnet dies als Statusmodell der Anerkennung, was individuelle psychische Beschädigungen und Verhinderungen von Selbstverwirklichung ausklammert, um sich stattdessen auf Fragen der Anerkennung der anderen als vollwertige Partner_innen in sozialen Interaktionen zu fokussieren (vgl. ebd.: 45-46). Diese Differenzierung erscheint mir bedeutsam, weshalb ich sie nun weiter ausformulieren werde.

Beschädigte Identität und Anerkennungspolitik

Die sozialen Bewegungen haben sowohl in den USA als auch in Deutschland viel erreicht: In den USA wurde die Rassentrennung beseitigt, in Deutschland durften Frauen nun auch ein eigenes Konto eröffnen, Homosexualität wurde diesseits und jenseits des Atlantiks entkriminalisiert. Trotzdem sind mit der Beendigung formaler Diskriminierungen Ressentiments und Vorurteile nicht gleichzeitig verschwunden und beeinflussen Angehörige sozialer Minderheiten auch in ihrer persönlichen

Entwicklung. Der Begriff der „beschädigten Identität“ geht auf den Soziologen Erving Goffman zurück, der 1963 *Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität* vorlegte. Goffman beschreibt darin, wie sich die Erfahrung der sozialen Stigmatisierung auf Individuen auswirkt. Als Stigma werden Eigenschaften bezeichnet, die an sich neutral, aber gesellschaftlich „zutiefst diskreditierend“ sind (vgl. Goffman 2012: 11). Im Gegensatz zu nichtstigmatisierten Personengruppen prägt diese Erfahrung von gesellschaftlicher Marginalisierung betroffene Personen ganzheitlich in ihrer Persönlichkeitsentwicklung. Das Stigma reduziert Personen auf die diskreditierte Eigenschaft und verhindert, dass sie sich selbst als Person mit vielschichtigen Attributen begreifen. Ebenso wird auch eine positive Haltung zur eigenen Persönlichkeit erschwert und die negativen Zuschreibungen verinnerlicht. Für LSBT werden die Auswirkungen gesellschaftlicher Abwertung und Ablehnung beispielsweise im 2016 erschienenen Sammelband *Selbsthass & Emanzipation. Das Andere in der heterosexuellen Normalität*, herausgegeben von Patsy l'Amour laLove, diskutiert. In der Psychologie beschäftigt man sich hingegen unter dem Begriff *minority stress* explizit mit den gesundheitlichen Auswirkungen gesellschaftlicher Marginalisierung (vgl. z.B. Sander 2016). Es ist inzwischen bekannt, dass die erfahrene Marginalisierung psychische und somatische Erkrankungen stark begünstigt (vgl. ebd.). Der Sexualwissenschaftler Martin Dannecker weist jedoch unter anderem kritisch darauf hin, dass die Differenz innerhalb einer untersuchten Gruppe oft sehr erheblich ausfällt und der verhältnismäßig größere Anteil von ihnen keine gesundheitlichen Schäden beklagen kann, die auf soziale Marginalisierungserfahrung zurückzuführen wäre (vgl. Dannecker 2018).

Auf Mängel im Verständnis möglicher individualpsychologischer Auswirkungen von Marginalisierungen weist 2017 auch die Pädagogin Mai-Anh

Boger in ihrem Essay „Notizen zur Phänomenologie und Psychodynamik intersektionaler Identitätspolitik“ hin. Intersektionalität beschreibt kurz gefasst das Vorliegen und Zusammenwirken mehrerer Marginalisierungsmerkmale in einem Individuum (vgl. auch Kováts in diesem Band). Boger führt aus, dass sich die individuelle Bedeutung der Zugehörigkeit zu marginalisierten Gruppen im Lebensverlauf verändern kann: „Die Kette an Erfahrungen entzieht sich der Verallgemeinerung: in jeder Situation verteilen sich die Gewichte neu; sie sortieren sich um, aber niemals sind sie gelistet. Sie ergeben in der Wahrnehmung, in der Selbst- und Fremdwahrnehmung, immer ein anderes und für diesen Moment kohärentes Ganzes“ (Boger 2017: 73). Es lässt sich also nicht ausmachen, dass sich Personen mit ähnlichen Marginalisierungsmerkmalen exakt gleichen – weder in der Biografie noch in den Bewertungen. Ebenso ist in der Traumaforschung bekannt, dass verschiedene Menschen den gleichen schädlichen Einfluss höchst unterschiedlich bewältigen können.

Die Auswirkungen der Erfahrungen der beschädigten Identität sind daher so individuell und komplex, dass die Maßnahmen von Gesellschaft und Politik von einigen Gruppen zwangsläufig als unbefriedigend empfunden werden müssen. Individuen können somit der eigenen Auseinandersetzung mit den Folgen sozialer Stigmatisierung für ihre Identität nicht ausweichen, wie ich bereits 2017 in meinem Essay *Moderne Hexenjagd gegen Diskriminierung*, „Eine kritische Auseinandersetzung mit ‚Definitions-macht‘“ sowie in meinem Text zu Trans-Aktivismus auf Twitter in diesem Band angerissen habe. Deswegen ist die von Nancy Fraser angeführte Unterscheidung zwischen Anerkennungs- und Identitätspolitik so wichtig. Eine weitere Facette fügt der Philosoph Robert Pfaller hinzu, der 2017 in *Erwachsenensprache. Über ihr Verschwinden aus Politik und Kultur* für die Stärkung des mündigen Bürgers plädiert. Dies hieße, die individuellen Regungen der beschädigten

Identität des Subjekts im politischen Raum nicht in der Gesamtheit und Tiefe würdigen zu können, weil dies schlicht nicht leistbar ist. Pfaller beschreibt mit Rückgriff auf Marx und Engels, dass sich das Bürgertum ab der Französischen Revolution zunehmend als allgemeine Klasse begriff, deren Werte allen zugänglich sein sollten (vgl. Pfaller 2017: 21f.). Diese bürgerliche Ethik setzte ein vertragsfähiges Subjekt voraus, welches des Lesens und Schreibens mächtig war. Maßnahmen wie Schulpflicht sorgten für die Verbreitung dieser Kulturtechnik in alle Gesellschaftsschichten (vgl. ebd.). Ebenso entscheidend war, dass sich das Prinzip der Gleichheit vor dem Recht durchgesetzt hat. Diese Entwicklungen gingen einher mit der Gestaltung einer politischen Öffentlichkeit, in der Argumente „nur im Hinblick auf ihre Geltung für das Wohl der Allgemeinheit betrachtet werden durften und ohne Ansehung der sie äußernden Personen gewichtet werden mussten“ (ebd.: 23). Von an dieser Öffentlichkeit beteiligten Personen wurde erwartet, dass sie durch ihr Verhalten dieses Ideal erfüllen konnten. Dafür war es nötig, zu privaten Belangen und persönlichen Präferenzen eine Distanz einnehmen zu können. Hierfür wiederum etablierten sich Konventionen, die formelles, elegantes und unpersönliches Verhalten verlangten (ebd.). Mit Verweis auf Richard Sennett nennt Pfaller dieses Auftreten „Zivilisiertheit“ und „Urbanität“. Dies bedeute, „mit anderen so umzugehen, als seien sie Fremde, und über die Distanz hinweg eine gesellschaftliche Beziehung zu ihnen aufzubauen“ (Sennett 2001 zit. n. Pfaller 2017: 23). Die heutigen Umgangsweisen unter der Chiffre „Identitätspolitik“ gehen zu den zuvor skizzierten Idealen auf Distanz und versinnbildlichen ihre Ablehnung mit dem Konstrukt vom privilegierten weißen, heterosexuellen Mann, so die Kritik Pfallers. Der Journalist Simon Strauß teilt Pfallers Stoßrichtung und stellt 2019 in seinem Essay „Bürgerliche Bekenntniskultur statt Identitätspolitik“ fest: „So bewirkt Identitätspolitik gerade nicht die politische

Emanzipation von Benachteiligten. Vielmehr negiert sie den selbstbewussten Freiheitssinn des Einzelnen, weil er sich nicht mehr durch seine aktive Tätigkeit als Bürger, sondern nur noch über Äußerlichkeiten wie Hautfarbe, sexuelle Vorlieben und Migrationserfahrungen, aber denkbareweise auch Körpergewicht, Alter oder den Grad an individueller Sensibilität bestimmen kann. Vielmehr als Emanzipation bedeutet Identitätspolitik deshalb Einordnung unter kleinkollektive Identitätsmarken.“

Dies markiert den wesentlichen Unterschied zwischen früheren Bürgerrechtsbewegungen und heutigen Politgruppen. Erstere stritten dafür, dass auch sie als gleichwertige Bürger_innen gelten, während heute vor allem Besonderheiten hervorgekehrt werden. Hierzu muss man sich bewusst machen, dass die zuvor genannte Ethik bis weit ins 20. Jahrhundert hinein tatsächlich nur Männern den vollen Genuss der Teilhabe ermöglichte, da andere Gruppen wie z.B. Frauen vor dem Gesetz nicht als vollwertige Bürger galten. Erst den großen Bürgerrechtsbewegungen ist es zu verdanken, dass solche Ungleichheiten formal weitgehend der Vergangenheit angehören. Der Literaturwissenschaftler Benedikt Wolf skizziert in seinem Essay „Queer. And now? Für eine kritische Geschichtsschreibung der Queer Theory“ die Ambivalenzen, die diese Entwicklungen beispielsweise für LSBTI und Frauen bedeuteten. Einerseits sind Fortschritte für die Rechte der genannten Gruppen vor allem in Gesellschaften mit demokratischer Marktwirtschaft zu beobachten, denn in diesen kam das Ideal der zuvor kurz erläuterten bürgerlichen Ethik besonders zum Tragen. Andererseits ist diese Ethik in der Logik kapitalistischer Warenförmigkeit zuvörderst daran geknüpft, möglichst weite Teile der Gesellschaft als Arbeitskraft verwerten zu können (vgl. Wolf 2019: 155).

Ressentiments und Diskriminierungen sind dadurch aber nicht automatisch verschwunden. Auch die Inklusion vorher davon ausgeschlossener Gruppen in die Vorstellung vom

bürgerlichen Subjekt mit vollen Rechten geschah nicht kampfflos, wie Wolf betont (ebd.). Trotz des Zugewinns an Rechten sah man sich weiterhin mit Benachteiligungen konfrontiert. Der Soziologe Armin Nassehi brachte es 2019 in einem Gespräch mit dem *Deutschlandfunk* folgendermaßen auf den Punkt: „Die Aufklärung hat uns eigentlich versprochen, dass die Rechte, die wir haben, dass die Art und Weise, wie wir in die Gesellschaft inkludiert sind, unsere Lebenschancen, die wir haben, von den meisten Identitätsmerkmalen, die wir haben, eigentlich absehen sollen, ob wir Männer oder Frauen sind, ob wir aus dieser oder jener Schicht kommen, ob wir schwarz oder weiß sind, ob wir eine hiesige oder eine ferne Herkunft haben, sollte eigentlich gar keine Rolle spielen. Das ist das, was die Aufklärung uns verspricht und es nicht ganz einhalten konnte.“

Hier eröffneten poststrukturalistische Theorien eine neue Ebene, um zu verstehen, wie Ressentiments auch formalrechtliche Verbesserungen überdauern können. Sprache und Repräsentation rückten nun in den Fokus analytischer Betrachtungen. Die Diskurstheorie Michel Foucaults beispielsweise bot Einsichten, wie sich Macht durch Diskurse erhält.

Poststrukturalismus

Zu definieren, was denn unter poststrukturalistischen Theorien zu verstehen ist, erweist sich als ein nicht so leichtes Unterfangen. Als erste Annäherung lässt sich sagen, dass diese Theorien vornehmlich aus dem Umfeld französischer Philosophie des 20. Jahrhunderts stammen. Sie sind das Produkt einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Strukturalismus. Bekannte Namen, die für den queeren Kontext relevant sind, sind insbesondere Jacques Derrida, der bereits erwähnte Michel Foucault und auch Jean-François Lyotard. Stefan Münker und Alexander Roesler

beschreiben die Gemeinsamkeiten der dem Poststrukturalismus zugerechneten Philosophen in ihrer Einführung *Poststrukturalismus* über einen „unverkennbaren intellektuellen Stil“, dem „kritischen Einspruch gegen totalisierende Tendenzen philosophischer Theorien“ sowie einer „kritischen Reflexion der Moderne“ und Skepsis gegenüber deren „großen Erzählungen“ (Münker/Roesler 2012: xff.). Ebenso steht oft „das Andere“ im Mittelpunkt, wobei es darum geht, in konkreten Strukturen das darin sich manifestierende „Andere“ zu entdecken und als blinden Fleck ins Zentrum zu rücken. Es soll aufgezeigt werden, wie dieses jeweilige „Andere“ zum „Anderen“ wurde, was auch mit einer Art von Rehabilitierung bzw. Umdeutung verknüpft wird (vgl. ebd.). Die Aufdeckung des marginalisierten „Anderen“ geschieht durch „Kritik des Logozentrismus“ (Derrida zit. n. Münker/Roesler: XIII). Sprache und ihre Untersuchung sind zentral für die poststrukturalistischen Theoretiker, um das „Andere“ sichtbar zu machen. In seinem zuerst 1979 auf Französisch erschienenen und 1986 ins Deutsche übersetzten Essay *Das postmoderne Wissen*, der als einer der Schlüsseltexte des Poststrukturalismus gilt, verabschiedet Lyotard nicht nur die „großen Erzählungen der Moderne“, sondern stellt auch sogenannte „Sprachspiele“ als Gegenstand der Betrachtung in den Mittelpunkt (Lyotard 2009). Jacques Derrida entwickelte seine Methode der Dekonstruktion, die sich mit Zeichen, ihrem Sinn sowie ihrer Deutung befasst, wobei „Text“ sich bei Derrida nicht auf klassische Texte beschränkt; auch materielle Gegebenheiten sind selbst für ihn „Text“ (Engelmann 2015: 20). Dabei geht es jedoch nicht nur um die Analyse des Sinns, sondern auch um die hierarchische Beziehung zueinander. Mit Dekonstruktion will Derrida ganz im Sinne der poststrukturalistischen Ablehnung totalisierender Tendenzen auch in der Sprache eine andere Form danebensetzen (Engelmann 2015: 19). „Derrida plädiert für eine ‚Lektüre‘ der Welt, die das Ausgegrenzte

wieder ans Licht bringt“, fasst Peter Engelmann dessen Kernmotivation zusammen (ebd.: 31). Dekonstruktion zerlegt und beschreibt nicht nur, sondern bietet neue Deutungen an. „Es sollte endlich Klarheit darüber bestehen, dass es uns nicht zukommt, Wirklichkeit zu liefern, sondern Anspielungen auf ein Denkbare zu erfinden, das nicht dargestellt werden kann“, äußerte sich Lyotard zum Sinn der Philosophie in der Postmoderne (Lyotard 2015: 48). Ebenso stellte Lyotard die Wissenschaft als Institution von Wissensbildung infrage, sie wird lediglich zu einem Narrativ neben mehreren erklärt (Lyotard 2009).

Michel Foucault widmete sich auf anderer Weise der Mission, Ausgegrenztes sichtbar zu machen. Er beschäftigte sich vor allem damit, wie Wissen und Machtverhältnisse entstehen. Methodisch prägt er Geschichtsschreibung als Genealogie, die sich „befasst mit der Erforschung der Herkunft und die Analyse der Entstehung“ von Wissen und Macht (Münker/Roesler: 92). Wesentlich ist dabei die Analyse von Diskursen. Für Foucault war dabei besonders von Interesse, wie Normen sich erhalten, wie sich das Sag- und Denkbare konstituiert und die gesellschaftlichen Machtbeziehungen darüber reguliert werden (vgl. ebd.). Foucault selbst beschreibt seinen Ansatz in der Einleitung von *Der Gebrauch der Lüste*, was den zweiten Band von *Sexualität und Wahrheit*, seiner mehrbändigen Arbeit zur Geschichte der Sexualität, bildet. „Damit meine ich nicht eine Historie der aufeinanderfolgenden Konzeptionen des Begehrens, der Begehrlichkeiten oder der Libido, sondern eine Analyse der Praktiken, durch die die Individuen dazu verhalten worden sind, auf sich selber zu achten, sich als Begehrenssubjekte zu entziffern, anzuerkennen und einzugestehen und damit zwischen sich und sich selber ein gewisses Verhältnis einzuleiten, das sie im Begehren die Wahrheit ihres – natürlichen oder gefallenen – Seins entdecken lässt“ (Foucault 2015: 246). Die Foucault'sche Diskursanalyse will zeigen, wie das Wissen entstand, worauf

sich das Selbstverständnis des „abendländischen Menschen“ in Sachen Sexualität stützt. In seiner Antrittsvorlesung am *Collège de France* vom 2. Dezember 1970, die als *Die Ordnung des Diskurses* in deutscher Übersetzung erst 1991 publiziert wurde, präzisiert er sein Forschungsinteresse am Ausgeschlossenen, indem er zwischen dem sichtbaren Verbot und den weniger klaren Verwerfungen oder auch Grenzziehungen unterscheidet (vgl. Foucault 2003). Als weitere Form der Ausschließung sieht er die Dichotomie „zwischen dem Wahren und dem Falschen“ (ebd.: 13).

Was in Foucaults diskursanalytischem und genealogischem Frühwerk zu Fragen der Sexualität zu kurz kommt, ist beispielsweise die Berücksichtigung der Komponente, die psychoanalytisch als „Tribschicksal“ gefasst wird. Darin verschränken sich gesellschaftliche und körperliche Bedingungen, die für die Entwicklung der Sexualität entscheidend sind und sie daher zu keinem beliebigen Prozess machen. Einerseits ist dies der Kern „kritisch theoretischer Ablehnung“, wie Benedikt Wolf (2019b) in seiner Rezension in der *Jungle World* des nun posthum veröffentlichten vierten Bands von Foucaults sexualitätshistorischen Projektes erläutert. Mit dieser Kritik sollte man jedoch nicht Foucaults Gesamtwerk pauschalisieren (vgl. ebd.). Andererseits ist diese Auslassung oder auch Geringschätzung entscheidender Aspekte aus der Analyse eines Gegenstands ein unverkennbares Merkmal vieler poststrukturalistischer Arbeiten und ihrer wissenschaftlichen Felder geworden. In diesem Band zeigt unter anderem Aaron Lahl am Beispiel von Versuchen, Psychoanalyse stärker mit poststrukturalistischer Queer Theory zu verknüpfen, wie dies eben nicht zu einem realistischen Verständnis von Sexualität und Geschlechterbeziehungen führt. Ebenso gibt es bis heute zu massiven Konflikten in feministischen Kontexten, wenn es um die Frage geht, was die

Unterdrückung von Frauen auszeichnet. „Die Unterdrückung von Frauen ist eine Frage des Geschlechts, einem von Grund auf sozialen Konstrukt; aber Frauen werden gerade als Frauen unterdrückt, was sich also auf die Art des Körpers bezieht, den sie zufällig haben“, schrieb Terry Eagleton zu Geschlecht als eines von mehreren Beispielen für die Ambivalenz von sozialer Konstruiertheit und materiellen Grundlagen (Eagleton 1997: 78). Gerade Derrida und der frühe Foucault wurden von Gründer_innen wissenschaftlicher Disziplinen wie Gender Studies, Postcolonial Studies und dergleichen adaptiert – zu nennen sind hier beispielsweise Judith Butler und Gayatri Chakravorty Spivak. Auch diese Schwachstelle ist es, die heutzutage in bestimmten Feldern eher Aktivismus als Wissenschaft befördert.

Aktivismus als Wissenschaft

Gerade die bewusste Hinwendung zum Ausgegrenzten mit der gleichzeitigen Motivation, diesem Sichtbarkeit zu verschaffen sowie damit aktiv für Bedeutungsverschiebungen zu sorgen, machten poststrukturalistische Theorien so attraktiv für Aktivist_innen und Wissenschaftler_innen, die sich mit Feminismus, Homosexualität, Rassismus und Ähnlichem auseinandersetzten. Denn so konnte Wissenschaft mit politischem Aktivismus verknüpft werden. Wie bereits oben erwähnt, stand man in Fragen der Gleichstellung von Frauen, Schwarzen, Migrant_innen und Homosexuellen vor dem Problem, dass sich trotz formaler Gleichstellung Muster kultureller Abwertung bis heute hartnäckig halten. Doch inzwischen zeitigt diese Art aktivistischer Wissenschaft eher zweifelhafte Auswirkungen.

Im Oktober 2018 sorgten Helen Pluckrose, Peter Boghossian und James Lindsay mit einer Enthüllung international für Aufsehen. In ihrem Artikel „Academic

Grievance Studies and the Corruption of Scholarship“ im Online-Magazin *Areo Magazine* veröffentlichten sie eine detaillierte Beschreibung, wie sie wissenschaftliche Zeitschriften aus den Feldern *Cultural Studies*, *Gender Studies*, *Postcolonial Studies*, *Fat Studies* mit Nonsense-Artikeln gefoppt haben. Pluckrose, Boghossian und Lindsay wollten den Nachweis erbringen, dass bestimmte wissenschaftliche Felder schwerwiegende Mängel in wissenschaftlicher Qualität aufweisen, die aufgrund ihres strukturellen und theoretischen Fundaments kein Versehen, sondern systemisch sind. In allen von ihnen ausgewählten Feldern sind poststrukturalistische Theorien zentral. Die drei Wissenschaftler_innen studierten ihre ausgewählten Ziele so lange, bis sie sowohl den Jargon als auch die inhaltlichen Strukturen adaptieren konnten (vgl. ebd.). Ihr Erfolg sollte sich daran bemessen, ob es ihnen gelingen würde, Artikel in angesehenen Zeitschriften der jeweiligen Fachbereiche unterzubringen. Insgesamt zwanzig Artikel produzierten sie, sieben davon wurden bereits von Zeitschriften akzeptiert, vier waren schon veröffentlicht, als sie ihr Experiment enthüllten. Sieben weitere Artikel hatten die redaktionellen Prozesse in den jeweils anvisierten Zeitschriften noch nicht abschließend durchlaufen (vgl. ebd.). Die angenommenen Artikel befassten sich mit Fragen wie diesen: Können Männer wie Hunde im Hundepark trainiert werden, um Vergewaltigungen vorzubeugen? Ist das Aufbauen von massivem Übergewicht nicht auch ein Sport, vergleichbar mit Bodybuilding? Ist es bereits Vergewaltigung, wenn ein Mann in seinen Masturbationsfantasien an eine Frau denkt, die weder davon weiß noch dafür ihr Einverständnis gegeben hat? Ein anderer Artikel gab die Empfehlung, Männer sollten sich selbst mit Dildos anal penetrieren, um weniger homo- und transphob sowie feministischer zu sein. Auch ein Kapitel aus Adolf Hitlers *Mein Kampf* wurde ein bisschen aufgepeppt und als Artikel untergebracht (vgl. ebd.).

Pluckrose, Boghossian und Lindsay entlarvten dabei nicht nur eine ideologische Voreingenommenheit bestimmter wissenschaftlicher Felder, sondern offenbarten dort auch einen erschreckenden Mangel an ethischem Verantwortungsbewusstsein. Als ein wesentliches Problem stellten sie die Grundannahme heraus, dass alles sozial konstruiert sei. Diese soziale Konstruiertheit werde vor allem durch hierarchische Machtverhältnisse zwischen privilegierten und marginalisierten Gruppen bestimmt, wobei die Marginalisierten als „das Andere“ ins Abseits gedrängt würden. Ganz im Geiste der Dekonstruktion und der frühen Diskurstheorie Foucaults wird das „Andere“ sichtbar gemacht und diese andere Lesart als angestrebtes Ziel einer Bedeutungsverschiebung gesetzt. Es wird dabei nicht gefragt, ob die nicht auch negative Auswirkungen haben könnte. Der Marxist und Literaturwissenschaftler Terry Eagleton kritisierte bereits 1997 bei poststrukturalistischen Vertreter_innen eine naive simplifizierende Sicht, die das „Andere“ glorifiziert, allein deshalb, weil es nicht das herrschende System ist.

Wie rücksichtslos dieses Prinzip angewendet wird, zeigt in diesem Band unter anderem Vojin Saša Vukadinović am Beispiel des postkolonialistisch-antiimperialistisch grundierten „Antirassismus“ in den Gender Studies, wo einige gelehrte Frauen offenbar über Mädchenleichen gehen, indem sie auch lebensgefährliche Praktiken wie die weibliche Genitalverstümmelung euphemistisch als „weibliche Genitalbeschneidung“ bezeichnen. Ihnen liegt dabei jenseits jeder Vernunft die Vermeidung vermeintlicher Denkmuster kolonialer Überlegenheit mehr am Herzen als Gesundheit und Leben betroffener Mädchen und Frauen.

Ein hierzulande noch nicht so bekanntes Beispiel für gesundheitsgefährdende Ausmaße der unbedingten Hingabe an die Umdeutung des „Anderen“ sind die sogenannten *Fat Studies*. Wer glaubt, diese „wissenschaftliche“ Disziplin hänge mit *Public Health*

zusammen, irrt sich gewaltig. Während *Public-Health*-Forschung nach den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für gesundheitsförderliches und gesundheitsschädliches Verhalten fragt, wollen die *Fat Studies* Übergewicht als solches umdeuten. In *Public Health* wird beispielsweise untersucht, warum in ökonomisch schwächeren Stadtteilen eine höhere Dichte an ungesunden Fast-Food-Restaurants vorzufinden ist oder warum stark fett- und zuckerhaltige sowie stark verarbeitete, aber nährstoffarme Lebensmittel billiger sind als frisches Obst und Gemüse. Die Tatsache, dass Übergewicht ab einem bestimmten Ausmaß gesundheitsschädlich ist, wird dabei nicht infrage gestellt. In den *Fat Studies* hingegen werden medizinisch gut belegte Fakten zu den gesundheitlichen Auswirkungen zu Aussagen umgedeutet, die ihren Ursprung in machtvollen Hierarchien hätten und Menschen mit Übergewicht herabwürdigen und benachteiligen würden. Daher ist es keine Überraschung, dass Pluckrose, Boghossian und Lindsay ihren Artikel zum Aufbau von massivem Übergewicht als Form von Bodybuilding-Sport in einer wissenschaftlichen Zeitschrift platzieren konnten.

In Deutschland tourt Magda Albrecht, Redakteurin des Blogs *Mädchenmannschaft* und Autorin des Buches *Fa(t)shionista: Rund und glücklich durchs Leben*, mit Botschaften aus den *Fat Studies* durch die Republik. Im Januar 2019 widmete das queere Berliner Stadtmagazin die *Siegessäule* dem Dickenaktivismus eine Titelstory. Die Redakteurin Kaey sprach dafür mit den Aktivist_innen Magda Albrecht, Mäks Roßmöller und George. Während Albrecht darin vor allem über ihre Diskriminierungserfahrung von Kindheit an berichtet, die sie letztlich zu ihrem Engagement motiviert hat, beschreibt Mäks Roßmöller, wie er [sic] sich mit alternativen Deutungen von Körperfett beschäftigt. Dabei habe sich herausgestellt, dass dessen schlechter Ruf in der Wissenschaft ungerechtfertigt und systematisch sei. Im